



|                   |               |            |                                                           |
|-------------------|---------------|------------|-----------------------------------------------------------|
| Auskunft erteilt: | Frau Krüger   | Amt/EB:    | 01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten |
| Tel.:             | 0261 129 1533 | e-mail:    | natalia.krueger@stadt.koblenz.de                          |
| Koblenz,          | 16.02.2022    | 16.02.2022 |                                                           |

## **Niederschrift**

über die Sitzung der Klimaschutzkommission vom 08.02.2022

### **Stadtvorstand/Vorsitzende**

Herr Oberbürgermeister David Langner, Frau Bürgermeisterin Ulrike Mohrs, Herr Baudezernent Bert Flöck, Frau PD Dr. Margit Theis-Scholz

### **Ratsfraktion WGS**

Herr Rüdiger Neitzel

### **Ratsfraktion Die Linke**

Herr Nils Kiessling

### **Ständige Experten der Klimaschutzkommission**

Frau Renate Michel (Regionalreferentin der Energieagentur), Herr Prof. Dr. Frank Hergert (Hochschule Koblenz, Fachbereich Ingenieurwesen), Herr Prof. Dr. Henning Pätzold (Universität Koblenz, Professor für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen)

### **Ratsfraktion FDP**

Herr David Hennchen

### **Ratsfraktion AFD**

Frau Katrin Vogel

### **Seniorenrat**

Dr. Heinz-Günther Borck

### **Jugendrat**

Herr Béla Riebel

### **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Dr. Tabea Stötter, Herr Egbert Bialk, Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch, Herr Dr. Ulrich Kleemann

### **Verwaltung**

Herr Perry Metten-Golly (Büro des Oberbürgermeisters), Herr Hubert Kroh (Zentrales Gebäudemangement), Frau Kubra Sönmez (Zentrales Gebäudemangement), Frau Dagmar Körner (Klimaschutzbeauftragte)

### **Ratsfraktion CDU**

Herr Manfred Diehl, Herr Michel Guretzke, Frau Anne Schumann-Dreyer, Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling

### **Schriftführerin**

Frau Natalia Krüger

### **Ratsfraktion SPD**

Herr Detlef Pilger, Herr Thomas Kirsch, Frau Ute Wierschem, Herr Manfred Bastian

### **Zuhörer: 5**

### **Presse: ./.**

### **Nicht anwesend sind:**

Herr Prof. Jo Ruoff (Hochschule Koblenz), Frau Frida Weyer (Jugendrat), Herr Vito Contento (Beirat für Migration und Integration), Frau Ruby Nilges (Queerbeauftragte) Frau Katharina Kubitz (Behindertenbeauftragte)

### **Vertreten sind:**

Frau Kathrin Laymann (FW) durch Herrn Edgar Kühnlenthal

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 18:40 Uhr

Herr Oberbürgermeister Langner begrüßt die Anwesenden und eröffnet pünktlich die Sitzung.

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung:

**Punkt 1: Vortrag Prof. Dr. Sabine Schlacke: Werden Kommunen durch den Klima-Beschluss des BVerfG vom 24.03.2021 zu mehr Klimaschutz verpflichtet?  
Vorlage: UV/0006/2022**

Frau Prof. Dr. Schlacke ist als externe Referentin eingeladen worden, die sich aus dem Klimaschutzbeschluss des BVerfG sowie dem Bundes-Klimaschutzgesetz ergebene Bedeutung für Kommunen zu erörtern. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Mit Verweis auf Prof. Dr. Dr. Felix Eckhardt möchte Herr Bialk (Bündnis 90/Grüne) wissen, ob sich ein Klagerecht ergibt, sofern die im Koblenzer Klimanotstandsbeschluss genannten Ziele/Zahlen nicht erreicht werden bzw. ob die Stadt dann nachbessern müsse. Er möchte weiterhin wissen, ob es eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Ebenen gebe, die dortigen Zuständigkeiten doch nicht so klar seien und ob wir in Zukunft damit rechnen könnten, dass es aufgeweicht oder verändert würde. Laut Frau Prof. Dr. Schlacke sind all diese Verfassungsbeschwerden und Streitigkeiten vor Verwaltungsgerichten sehr unterschiedlich zu beurteilen. Auf die Frage ob wir demnächst eine Klage erwarten müssten, entgegnet sie mit einem klaren Nein. Es heißt jedoch nicht, dass wir nicht aktiv werden müssten. Aber die Kommune laufe nicht Gefahr, dass ein Budget heruntergebrochen werden müsse auf die kommunale Ebene.

Herr Diehl (CDU) möchte wissen, wie Frau Prof. Dr. Schlacke den Begriff Klimanotstand definieren würde und ob es Länder, Gebiete oder Flächen gebe, wo sie ganz explizit den Klimanotstand berechnigt definiert sehen würde bzw. wo sich eine Art Muster ableiten könne.

Frau Prof. Dr. Schlacke würde mit dem Wort Notstand eher zurückhaltend umgehen. Es beschreibt eher eine Ausnahmesituation, wie bspw. im Ahrtal. Den Kausalzusammenhang herzustellen sei schwierig. Es bringe nicht viel einzelne Notstände zu definieren. Eher müsse systemisch und übergreifend gedacht werden; über die Politikebene hinaus. Die vertikale Ebene müsse verschränkend wahrgenommen (top down und bottom up) und besser verknüpft werden. Es müssten insbesondere Maßnahmen ergriffen werden, für die auch die Kompetenzen vorhanden seien, bspw. Bauleitplanung, Mobilität, Städtebaurecht etc.

Prof. Dr. Fröhling (CDU) merkt an, dass der Ausbau CO<sub>2</sub>-freier Energieträger auf kommunaler Ebene schleppend vorangehe und er ein Scheitern der Klimaschutzpolitik für möglich hält, sofern nichts Grundsätzliches geschehe:

Herr Flöck weist auf einige Maßnahmen der Stadt Koblenz hin, die sehr viel Geld kosten und über den Investivhaushalt und Kredite finanziert werden müssen (bspw. 40-Mio-Programm zur Sanierung der Bestandsgebäude, Umrüstung der Busflotte von Diesel auf Erdgas etc.). Das Land als Aufsichtsbehörde sei aber grundsätzlich der Meinung, dass nur solche Aufgaben kreditfinanziert werden dürften, die im Sinne des Gesetzgebers unaufschiebbar seien. Wenn er die Ausführungen richtig verstehe, gebe es eine gesetzliche Verpflichtung für die Kommunen allerdings nicht.

Frau Prof. Dr. Schlacke führt an, dass der Rechtsbegriff der Unaufschiebbarkeit bzw. Unabweisbarkeit aus den Pariser Klimaschutzzielen zwar interpretiert werden könne, sich daraus aber keine Kausalität ableiten ließe.

Herr Flöck sieht es genauso und hält dies für einen gewissen politischen Widerspruch. Einerseits habe sich das Land RLP der Klimaneutralität verschrieben, komme aber über das Haushaltsrecht nicht hinweg.

Laut Prof. Dr. Schlacke müsse eine politische Mehrheit im Landtag dafür gefunden werden, um darüber hinwegzukommen.

Frau Wierschem (SPD) gibt an, dass in den FFH Schutzgebieten die Richtlinien der EU gelten und möchte wissen, ob die Kommune Möglichkeiten zur Einflussnahme als Eigentümer dieser Gebiete nehmen könne.

Nach Prof. Dr. Schlacke greift hier das europäische Naturschutzrecht. Die Kommune könne mit den Stadtförsten viel machen und viele Ziele festlegen. Das FFH Recht würde dann zum scharfen Schwert, wenn es um eine Verträglichkeitsprüfung für Habitate gehe. Denn diese Eingriffe seien nur unter engen Voraussetzungen möglich.

Herr Pilger (SPD) gibt an, sich für eine Budgetierung für Kommunen eingesetzt zu haben. Er sei der Meinung, Bund und Land müssten eine Budgetierung vornehmen für diese Maßnahmen, sonst seien die Kommunen nicht in der Lage, die Maßnahmen und Vorhaben umzusetzen. Er wird dies gegenüber dem Land RLP auch weiterhin fordern.

Frau Prof. Dr. Schlacke sieht dies ähnlich. Budgetierung müsse in doppelter Hinsicht verstanden werden. Zum einen die Budgetierung von öffentlichen Gütern (Habitate, geschützte Gebiete etc.) sowie eine Verteilungsgerechtigkeit ebendieser. Zum anderen den entsprechenden Finanzansatz. So müssten finanzielle Mittel auch zur Verfügung gestellt und die Haushalte entsprechend ausgestaltet werden, wenn sich aus den öffentlichen Gütern Pflichten ergeben würden. Denn das könne die Kommune nicht durch Eigeneinnahmen finanzieren.

|                 |                                                                                                                                |
|-----------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 2:</b> | <b>Vortrag Herr Arndt Müller von den Stadtwerken Trier zum regionalen Biogas aus der Eifel</b><br><b>Vorlage: UV/0010/2022</b> |
|-----------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Her Arnd Müller stellt das Verbundprojekt der Stadtwerke Trier zum regionalen Biogas aus der Eifel vor. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei.

Herr Bialk (Bündnis 90/Grüne) möchte wissen, inwiefern die SWT Arbeitsplätze sichert und damit zur regionalen Wertschöpfung beiträgt.

Laut Herr Müller sind die SWT ein kleines bis mittelständisches Stadtwerk, welche dabei helfen, die Ziele in der Region sinnvoll umzusetzen. Alle Projekte seien dabei wirtschaftlich und würden die Mindestrenditen stets erreichen. Die Klimawende müsse sich rechnen, dauerhafte Zuschüsse seien nicht möglich. Derzeit beschäftigen die SWT 850 Mitarbeiter/innen plus 50 Mitarbeiter/innen in den Tochtergesellschaften. Zur Umsetzung der vorgestellten Projekte werden sukzessive weitere Arbeitsplätze in der Region aufgebaut. Dass die SWT in Zeiten des Fachkräftemangels auch interessant für junge Menschen ist, zeige die Tatsache, dass sogar Initiativbewerbungen eingehen.

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Grüne) fragt, wie solche Projekte auf andere Regionen übertragen werden könnten. Koblenz habe eine ähnliche Situation: Trinkwasser würde in die Höhe gepumpt werden und auch der Hunsrück hält eine Vielzahl an Biogasanlagen vor, die aus der EEG-Umlage rauskommen. Hinsichtlich der Feststellung aus der letzten Sitzung von Prof. Dr. Hergert – Koblenz könne nur 15% seines Energiebedarfes selbst decken – stelle sich die Frage, wie Koblenz das Projekt der SWT als Denkanstoß nehmen und Teile davon auf die eigenen Verhältnisse angepasst übernehmen könnte.

Herr Müller könne für Koblenz keine Aussage treffen. Man müsse mit offenen Augen durch die Region gehen und sie lesen. Es müsse überlegt werden, wie die Region erschlossen werden könne. Als Partner zur Entwicklung passender Projekte stünde die SWT aber gerne zur Verfügung.

Herr Bialk (Bündnis 90/Grüne) möchte wissen, ob die SWT mit dem Umweltcampus Birkenfeld oder mit der Universität zusammenarbeiten.

Laut Herr Müller besteht selbstverständlich eine Zusammenarbeit und ein gemeinsames Netzwerk mit den Hochschulen Trier und Birkenfeld sowie den Universitäten Kaiserslautern und Saarbrücken. Mit der Universität Saarbrücken wird derzeit an Projekten zur künstlichen Intelligenz gearbeitet.

|                                                                                      |
|--------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 3:        Ergebnisse der Arbeitsgruppen</b><br><b>Vorlage: UV/0016/2022</b> |
|--------------------------------------------------------------------------------------|

Herr Guretzke präsentiert Ergebnisse der AG Stadtgrün/Stadtwald. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei.

Herr Oberbürgermeister Langner sieht das derzeitige Problem insbesondere im notwendigen Abstimmungsbedarf zwischen der obersten Forst- sowie Naturschutzbehörde. Laut Herrn Heisser (Amtsleiter des Amtes für Stadtvermessung und Bodenmanagement) müssten die Gespräche auf Landesebene abgewartet werden. Dort müsse eine Entscheidung erfolgen. In diesen Gesprächen würden die Anregungen der AG aufgenommen werden.

Prof. Dr. Hergert ergänzt, dass sich ein Blick ins benachbarte Forstamt Boppard lohne. Dort bestünde auch der Konflikt der 3 Ziele in der Forstwirtschaft. Dort würde jedoch anders bewirtschaftet werden. Im Landesgesetz gebe es auch Spielräume, die es zu nutzen gelte, damit der Schatz Wald erhalten werden könne.

Frau Wierschem (SPD) möchte daran erinnern, dass es unser kommunaler Wald sei. Sie stellt sich die Frage, inwieweit wir als Kommune selbst darüber entscheiden dürften, was wir möchten oder aber abhängig davon seien abzuwarten, was die oberste Forst- bzw. Naturschutzbehörde beschließen.

Herr Oberbürgermeister stellt klar, dass die Klimaschutzkommission kein Entscheidungsgremium sei. Durch die Gespräche mit den zuständigen Kollegen sei man sensibilisiert. Es gebe jedoch einen Expertenstreit an dieser Stelle und es könne durchaus sein, dass eine Änderung der Strategie notwendig werde. Jedoch wurde das Thema bereits an anderer Stelle ausgiebig diskutiert. Es müsse den entscheidungsbefugten Gremien überlassen werden, in diesem Fall dem Forstausschuss.

Frau Vogel (AFD) spricht sich für eine Hochstufung des Schutzgebietes aus und dafür, dass dieses in Ruhe gelassen werde.

Herr Bialk (Bündnis 90/Grüne) plädiert dafür, dass es oberstes Ziel sein müsse, in allen Gremien im kommunalen Bereich publikumsbezogene und betroffenenbezogene Formate zu finden. Als Anregung führt er die Buga 2011 an. Im Zuge derer gab es viele Ausgleichsmaßnahmen, es wurden viele Bereiche unter Schutz gestellt. Wir müssten für die Habitate auch Werte und Budgets festlegen.

Herr Oberbürgermeister Langner führt an, dass die Frage nach den Schutzgebieten im Nachgang zu klären sei. Er verweist erneut auf die von Herrn Heisser zugesagten Gespräche sowie die im Vorfeld notwendige Klärung auf Landesebene.

Prof. Dr. Hergert möchte im Namen der AG reg. Energien auf zwei Dinge hinweisen:  
Zum einen möchte er alle Interessierten zur Begehung der Solaranlage Polch am 07.04.2022 um 14.30 Uhr einladen.

Zum anderen hat die AG bei den Überlegungen nach geeigneten Flächen für PV-Anlagen innerhalb des Stadtgebietes festgestellt, dass hierfür die Kenntnis über die Planung der Flächen und die entsprechenden Vertragslagen notwendig ist. Im Rahmen der KSK möchte die AG daher Einsicht in die entsprechenden Unterlagen beim zuständigen Amt für Stadtentwicklung anfragen.

Herr Flöck führt an, dass diese Unterlagen in öffentlichen Quellen einsehbar seien. Der Entwurf zur Überarbeitung des Flächennutzungsplanes bspw. sei im Bürgerinformationssystem hinterlegt. Herr Hastenteufel (Amtsleiter des Amtes für Stadtentwicklung und Bauordnung) könne dies bei Bedarf erklären. Verträge in irgendeiner Art und Weise zwischen der Stadt Koblenz und externen Betreibern gebe es nicht. Denn fast alle Flächen seien im Privateigentum. Derzeit würden solche Flächen im FNP ausgewiesen werden.

Über den Chat weist Dr. Theis-Scholz darauf hin, dass (die von ihr zugesagten) Nachfragen beim Innenministerium bezüglich einer möglichen Solarpartnerschaft mit einer ruandischen Kommune im rheinland-pfälzischen Partnerland leider nicht zu einem positiven Ergebnis geführt haben.

Herr Oberbürgermeister Langner verweist hierzu auf die noch ausstehende Rückmeldung der HWK in dieser Sache.

|                                                                                         |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 4:</b> <b>Sachstand der bisherigen Anträge</b><br><b>Vorlage: UV/0018/2022</b> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|

Frau Dr. Schmidt-Wygasch (Bündnis 90/Grüne) möchte gerne den Sachstand zur Umsetzung des VEP sowie der alternativen Bedienungsformen wissen.

Laut Hr. Flöck liegen die Anträge dem Baudezernat vor und werden derzeit inhaltlich bearbeitet und bewertet. Sie kommen mit allen Anträgen aus der KSK, die die Zuständigkeit des Baudezernats betreffen, voraussichtlich am 22.03.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität auf die Tagesordnung. Dort wird über die Anträge beraten. Über den Sachstand wird in der nächsten Sitzung der KSK berichtet.

Frau Michel verweist auf die Empfehlung der AG, das Thema als Querschnittsthema in der Verwaltung zu behandeln und ein ämterübergreifendes Umsetzungscontrolling einzuführen und möchte wissen, an welcher Stelle dies verortet werden wird.

Herr Flöck gibt hierzu an, dass es sich um eine Frage der Verwaltungsorganisation handelt. Diese sei eine Aufgabe der Verwaltung. Er wird das Thema jedoch auch am 22.03.2022 aufgreifen.

Frau Michel weist weiterhin auf die seit Anfang des Jahres geltende Kommunalrichtlinie hin und möchte diese in der nächsten Sitzung der KSK vorstellen. Hier würden einige Förderbereiche neu angegeben werden, im investiven Bereich bspw. das Maßnahmenfeld für Förderung klimafreundlicher Mobilität. Im strategischen Bereich könnten Fokuskonzepte gefördert werden in den Themenfeldern Mobilität, Wärme- und Kältenutzung sowie Abfallwirtschaft. Die AG Mobilität und Flächeninanspruchnahme habe eingangs eine Vision vorgestellt. Frau Michel empfiehlt weiter daran zu arbeiten im Sinne einer konkreteren Handlungsanleitung. Evtl. könnte dies weiter mit der Förderung vom Bund für Konzepterstellung und Umsetzung angegangen werden.

Herr Bialk (Bündnis 90/Grüne) spricht ein Lob an Herrn Flöck und Herrn Weiß-Bollin aus. Es habe Begehungen gegeben, wo Rad- und Fußwege kombiniert werden könnten. Dieses Bemühen um Synergien begrüßt er sehr. Hinsichtlich neuer Bauflächen möchte er wissen, welchen Rechtscharakter die Starkregengefahrenkarten in Koblenz haben und ob Schwammstadtkonzepte berücksichtigt seien.

Laut Herr Flöck habe kaum eine Gemeinde Starkregengefahrenkarten in der Tiefe wie die Stadt Koblenz. Im Rahmen der Bauleitplanung müssen die Belange gegeneinander abgewogen werden. Das Thema Gefahren durch Starkregen sei ein starker öffentlicher Belang. Deshalb werde die Stadt Koblenz diejenigen Baugebiete, die derzeit im Entwurf des FNP (Neufassung) als Wohngebiete dargestellt werden sollen, gezielt mit den Starkregengefahrenkarten verglichen. Da diese Karten zum Zeitpunkt der Behandlung des FNP in den Gremien noch nicht vorgelegen haben, könne es durchaus sein, dass der FNP an einigen Stellen nachjustiert werden würde und vorgesehene Flächen wieder rausgenommen werden müssten. Im Herbst wird es ein Maßnahmenpaket geben, welche die Stadt Koblenz in den nächsten Jahren ergreifen kann, um diese Gefahren zu bekämpfen oder zu mildern. Dieses müsse dann Einklang finden mit dem städtischen Haushalt. Der Prozess wurde jedoch bereits angestoßen.

Gerne stellt Herr Flöck in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zu den praktischen Erfahrungen aus der Starkregengefahrenkarte vor.

|                                                                     |
|---------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 5:</b> <b>Klimatrainer</b><br><b>Vorlage: UV/0019/2022</b> |
|---------------------------------------------------------------------|

Frau Schumann-Dreyer (CDU) merkt an, dass sich die CDU in der Sitzung am 08.10.2021 mit dem Einsatz der Plattform Climate Connect als Alternative zur ursprünglichen Idee der Klimatrainer einverstanden erklärt habe. Aus der Stellungnahme der Verwaltung ist nicht mehr auf Climate Connect eingegangen worden, sodass sie den Eindruck habe, dass das Thema Klimatrainer vollständig beendet werden solle. Sie bittet daher darum, die Sache nach den Sommerferien erneut zu thematisieren.

Herr Oberbürgermeister Langner sagt dies zu.

|                                      |
|--------------------------------------|
| <b>Punkt 6:</b> <b>Verschiedenes</b> |
|--------------------------------------|

Für die nächste Sitzung werden die Vorstellung der Klimarichtlinie von Frau Michel sowie der Sachstandsbericht und die praktischen Erfahrungen mit der Starkregengefahrenkarte von Herrn Flöck auf die Agenda gebracht.

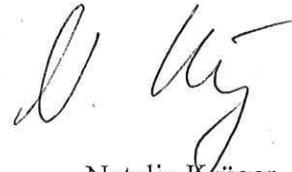
## Anmerkung zu TOP 2 des Protokolls der Sitzung vom 08.02.2021

Auf Wunsch von Herrn Neitzel wird auf seine Anmerkung zu diesem Punkt nachträglich hingewiesen.

Prof. Dr. Hergert stellte die Ergebnisse der AG regenerative Energien und PV vor. Herr Neitzel hat dabei der Kernaussage widersprochen, dass Koblenz im günstigsten Falle 15 % der benötigten Energie über PV Anlagen erzielen könne und darauf hingewiesen, dass PV Anlagen auf Schieferdächern nach Auskunft der EVM nicht möglich seien. In Koblenz seien aber viele (in Rübenach fast alle) Dächer mit Schiefer eingedeckt.



David Langner  
Oberbürgermeister



Natalia Krüger  
Schriftführerin

